J. G. Burg

GESINNUNGS JUSTIZ IN DER CIA-MOSSAD-BRD

Elivirastr. 14, 8000 München 19
Postscheckkonto Nr. 94218-804
Postscheckamt München
Tel. 089/185823
1. Aufl., Dez. 1980

Einleitung

Alle Augen richteten sich auf J.G. Burg, weil man ihn - den Juden - um des Judenschutzes willen hinter Gitter bringen will. Von verschiedenen Seiten wurde an ihn die Bitte herangetragen, zu der aktuellen Verfolgungswelle der politischen BRD-Justiz Stellung zu nehmen.

Ich hatte die Ehre, die Frage stellen zu dürfen und bin mir ganz sicher, daß die Antworten noch lange Zeit die Gemüter vieler Menschen beschäftigen werden.

Wolf Dieter Rothe

Frage: Man scheint neuerdings lieber von "Rassenmord" zu sprechen, als sich auf technische Einzelheiten, wie "Vergasungen" und Zahlen wie "6 Millionen ermordete Juden" einzulassen. Was halten Sie von "Rassemord" und "jüdischer Rasse"?

Antwort: Meines Erachtens ist der Begriff "Rasse", auf Juden angewandt, unrichtig. Er wird auch von jüdischen Wissenschaftlern abgelehnt. Man streitet sich jüdischerseits sogar darüber, ob man von einem jüdischen Volk sprechen kann.

Von Abraham begonnen, über die Chazaren, bis heute, gibt es in keinem Volk so einen Rassen-Tohuwabohu wie unter den Juden.

Juden, die von "jüdischer Rasse" sprechen, sind eben Rassisten und das sind unsere Zionisten.

Damit ist auch die Frage nach dem "Rassenmord" beantwortet.

Frage: Sehen Sie in dem § 130 StGB ein "Jugendschutzgesetz?"

Antwort: Nein! Ich würde ihn - gelinde ausgedrückt - als einen "Zionpropaganda-Schutz-Paragraphen" bezeichnen. Er wurde nach den Weihnachtsereignissen 1959 in Köln geschaffen. Damals wurde gezielt und planmäßig, im Hintergrund wurden geheimdienstliche Aktivitäten deutlich, an den propagandistisch wirksamsten Fassaden, wie von Synagogen usw., Hakenkreuze angepinselt. Die Feiertage am Jahresende dienten dazu, ungestört in aller Welt hollywoodmäßig aufgezogene Anti-BRD-Propaganda großen Stils zu starten. Die Kampagne war doppelgleisig angelegt. Der Weltöffentlichkeit sollte weisgemacht werden, daß die BRD noch ein Naziregime ist. Und, was die Silberlinge empfangenden Chronisten nicht zu denken wagen dürfen, eine potemkinsche Kulisse, zur Vorbereitung der Entführung von Adolf Eichmann aus Argentinien, brauchte man auch noch.

Zu jener Zeit meldete sich eine jüdische Persönlichkeit zu Wort, die ihre Pappenheimer kannte und von den Hintergründen wußte. Sie fragte sich laut: *"Weshalb die ganze Propaganda gegen die Bundesrepublik?"* und sagte sinngemäß: *"Wäre ich in Köln, würde ich mit Hilfe von Frau und Tochter mit einem Eimer Wasser und einem Schwamm die Hakenkreuze abwaschen und daraus kein Aufsehen machen."*

Es war der aus Siebenbürgen stammende, aus Israel kommende und in Westberlin amtierende Großrabbiner, der Talmudist und Gelehrte Dr. Isaak Goldstein.

Seiner einmaligen Erklärung, im Sinne wahrer jüdisch-deutscher Versöhnung, hatte vor ihm und nach ihm kein jüdischer Teilneh-

mer der verschiedenen Pharisäer-Vereinigungen etwas Ehrliches entgegenzusetzen, die die "Woche der Brüderlichkeit" so propagandistisch gekonnt aufziehen.

Sein Appell an Vernunft und Herz wurde von jüdischen Gangstern, deren politisch-ideologischen Standort ich wohl nicht näher zu bezeichnen brauche, nach ihrer Art beantwortet.

Er wurde von jüdischem Auswurf stärker geohrfeigt als es Beate Klarsfeld mit Kiesinger tat. Dies war nicht nur eine Verletzung weltlicher Sittenprinzipien, sondern auch eine dreifache Verletzung der Paragraphen Moses. Danach darf man keinen Rabbiner, keinen Greis und keinen bekanntermaßen schwer Herzleidenden ohrfeigen. Dr. Goldstein war alles in einem.

Dieser edle Mensch wurde aus seinem Amt und seiner Wohnung gefeuert und fand nirgends Hilfe, geschweige denn Recht. Er wurde in kürzester Zeit ins Grab gebracht.

Er kann sich nicht mehr zum § 130 und zum "Rassemord" äußern. - Und so sind leider die Machtverhältnisse in der BRD.

Frage: Welchen Schutz gewährt der § 130 StGB für "die Juden", insbesondere denen, die in der BRD leben?

Antwort: Die Ereignisse von Weihnachten 1959 in Köln, die Hakenkreuz-Schmierereien an Synagogen, gaben der fünften Kolonne Zions in der BRD erneut einen Anlaß, zu demonstrieren, daß sie hier die Herren sind. Sie wissen auch ganz genau, daß sie ihre Ziele nur trotz Mini- und Maxi-Tragödien durchsetzen können.

Der erste Weltkrieg hat den Zionisten die Balfour-Deklaration eingebracht. Der zweite den Zionsstaat Israel.

Ihnen waren die Paragraphen des BRD-Strafgesetzbuches für ihre Zwecke noch immer nicht genug. Sie verstehen es, Macht und Einfluß zu nutzen. Sie wollten mehr, und sie verschafften sich mit Hilfe des von ihnen "überzeugten" Bundestages den ihnen maßgeschneiderten § 130. Mit "Judenschutz" hat dies jedoch nicht das Geringste zu tun. Hier wird deutlicher als sonstwo, wie fehl am Platze es ist, von "die Juden" zu sprechen. Wenn dies dennoch geschieht, geschieht es aus Unkenntnis der Thematik oder wird aus Demagogie behauptet.

"Die Juden" hat man schon im Dritten Reich in eine Zwangsjacke gepreßt. Das war offener Antisemitismus. Heute steckt man "die Juden", wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen, als Ausdruck des scheinbaren Philosemitismus, genauso in die Zwangsjacke.

Damals wie heute dient das Schlagwort "die Juden" der Desinformation und ist Ausdruck, wirklichkeitsfremder kollektivistischer Ideologien.

Zionisten verstecken sich im Mäntelchen des Schlagwortes "die Juden" so gerne, weil sie eine verschwindende Minderheit im Judentum sind. Starke Flügel, für die Rabbiner Leo Baeck und David Ben-Gurion stehen, kollaborierten im Dritten Reich mit den Nazibehörden und hatten bei allen antijüdischen Aktivitäten das Sagen. In der BRD hat sich diesbezüglich kein Jota geändert.

Die Zionisten sind heute in der BRD erst recht eine verschwindende Minderheit innerhalb der Juden. Es sollen über 100.000 Juden in der BRD leben. Etwa 26.000 sind in den verschiedenen jüdischen und israelischen Kultusgemeinden eingetragen, deren Vorstände sich bisweilen superzionistisch geben. Aber der größte Teil der Mitglieder hat sich der Vorteile wegen aus Nützlichkeitserwägungen eintragen lassen und nicht aus Überzeugung, denn diese 26.000 sind wahrlich keine Zionisten. Was bleibt ist ein kleines Häuflein, das mit ihrer Führung, die allerdings überwiegend als Agenten Jerusalems in der BRD angesehen werden können, tatsächlich übereinstimmt.

Ich muß mich wiederholen: Der § 130 StGB ist nur ein " Zionisten-Schutz-Paragraph". Die überwältigende Mehrheit der Juden hat durch ihn weder Vorteile noch Schutz. Im Gegenteil, sie werden durch ihn genauso dem zionistischen Herrschaftsanspruch unterworfen, wie die Gojim.

Wenn auch sogenannte "Rechtsradikale" oder "Neonazis" in das Horn Zions stoßen und behaupten, der § 130 sei ein "Judenschutzparagraph", es ist nicht wahr. Sie arbeiten nur traditionsgemäß mit den Zionsführern zusammen, um einen Pogrom-Antisemitismus, nicht heute, aber zu gegebener Zeit, hervorzaubern zu können, zu dem der existierende Salon-Antisemitismus in der BRD nur eine Vorstufe ist. Selbstverständlich sind sich auch die "Führer", ganz im Gegensatz zur Gefolgschaft, heute ihres Falschspieles bewußt.

Der § 130 StGB ist ein Schutzparagraph für Judenrätler, Kapos, KZ-Polizisten, Zionterroristen, Zionnazis und ihrer fünften Kolonne in der BRD.

Frage: Man spricht viel von der Tragödie der Juden 1933 - 1945. Bahnt sich nicht jetzt der zweite Akt der Tragödie an?

Antwort: Da haben Sie recht! Die Entwurzelung und Absonderung der Juden in Deutschland und Osteuropa wurde zwar von den Nazis begonnen, aber nach Kriegsende von den Zionisten konse-

quent weitergeführt. Man konzentrierte die Juden in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Dorthin wurden sie durch Versprechungen von "Milch und Honig" gelockt oder unter der Nagaika von praktizierten Nachkriegspogromen zur Flucht gezwungen. Das bekannteste Pogrom der Nachkriegszeit wurde in Kielce/ Polen inszeniert.

In den drei westlichen Besatzungszonen wurden die Juden wieder in KZ's gesteckt, die die Bezeichnung "DP-Lager" (Displaced Persons) führten. Auch diese Lager, wie so manche Gettos und KZ's in der Zeit des Dritten Reiches, wurden unter Zions Regie geschaffen.

Durch die Judenmassen, die man insbesondere in der US-Zone und da ganz besonders in Bayern konzentrierte, wollte man die Weltöffentlichkeit und die UNO unter Druck setzen, damit in Palästina der Zionsstaat gegründet würde. Man täuschte vor, daß die hier konzentrierten Judenmassen den Rest des europäischen Judentums darstellten, der der Vernichtung entgangen sei und daß alle diese Juden danach lechzten, nach Palästina/Israel auszuwandern.

Auch hier bewiesen die Zionisten, daß sie begnadete Statistik-Jongleure sind, die je nach Bedarf die gewünschten Zahlen über jüdische Bevölkerung aus ihrem Zauberzylinder hervorkommen lassen können. Dies ging hier besonders gut, weil man die Juden in den DP-KZ-Lagern nie vollständig erfassen ließ.

Damals wanderte ein kleiner Teil nach Palästina/Israel aus. Die Sochnuth, der Dachverband aller zionistischen Parteien, außer den

Kommunisten, und die Regierung forderten alle Verbände in der BRD zur Auflösung auf und alle Juden zum Verlassen des sündigen Sodomlandes in Richtung Israel.

Man dachte sich wohl, daß jeder Jude, der freiwillig in Deutschland leben würde, Zweifel an den Legenden über "Vergasungen" und der "Ausrottung von 6 Millionen Juden" erwecken würde.

Die Attraktivität Deutschlands für viele Juden, insbesondere der Wunsch unter dem "Vergaservolk" zu leben, lag den Zionisten schon immer wie ein Stein im Magen. Diese Deklassierung ihres Ideals nahmen sie Deutschen und "abtrünnigen" Juden ganz besonders übel.

Man machte damals inoffiziell einen einmaligen Kompromiß, um die Juden zu bewegen, Deutschland zu verlassen. Es wurde sogar "genehmigt", nicht nach Israel auszuwandern, sondern auch in andere Länder. In Anbetracht der Diskriminierung und Entwurzelung durch die Nazis, befolgten damals alle Verantwortlichen, sogar jene,

die nicht aus Palästina gekommen waren, und die Masse der Juden, diesem Aufruf.

Etwa ein Dutzend bis dahin bedeutungsloser Kreaturen sahen ihre Sternstunde gekommen, mißachtete alle Aufrufe und bemühten sich sogar, jüdische Gemeinden zu gründen. Dafür wurden und werden sie von den Zionisten in Israel und den USA, aber auch von Nichtzionisten, mit Prädikaten wie "Schwarzhändler", "Müllabfall" oder "Müllkiste des Judentums" beehrt.

Aus Minderwertigkeitskomplexen schlucken die Nachkriegs-Judenführer, die nur Juden in Deutschland sein wollen, alles aus dieser Richtung kommende. Wie wenn ein Alltagsjude frömmer sein will als der Rabbi, oder ein Katholik sich päpstlicher als der Papst gibt, so geben sie sich zum Nachweis ihrer eigenen Existenzberechtigung israelischer als die Israeli und zionistischer als die Zionisten. Nur die Adenauerianer und alle Bonner Regierungen erkennen diese politisch-ideologischen Geschäftemacher nach alter Väter Sitte als "Judenführer" an.

Wenn das offizielle Bonn das alles nicht zur Kenntnis nehmen will und das Häuflein Zionistenführer oft verfassungswidrig protegiert, wird es mitschuldig an dem zweiten Akt der Tragödie, der sich langsam, aber dafür um so sicherer anbahnt.

Im Dritten Reich war die Führung aus politisch-ideologischer Einstellung antijüdisch. Von der Mehrzahl der Deutschen wurde dies zwar widerspruchslos hingenommen, aber konform gingen sie damit nicht. Die antijüdische Politik der Nazis verletzte das Gerechtigkeitsempfinden der Mehrzahl der Deutschen und erweckte vielfach ein Mitgefühl, das von den Zionisten noch heute in schamlosester Weise ausgebeutet wird. 35 Jahre nach Kriegsende ist die BRD-Regierung philozionistisch eingestellt und 50 % ihrer Bürger sind antijüdisch angehaucht. Dies stellte ein demoskopisches Institut fest, geführt von einem nichtzionistischen Juden, im Auftrag des Bundeskanzlers.

Prof. Dr. Silbermann, Leiter des Kölner Forschungsinstitutes für Soziologie, wurde beauftragt, in der BRD "Ausmaß und Erscheinungsform des antisemitischen Vorurteils in der heutigen bundesrepublikanischen Gesellschaft" zu erforschen. Im Mai 1976 trat Prof. Silbermann nach zweijähriger Arbeit vor die Öffentlichkeit. Das Ergebnis war erschütternd. Jeder zweite Bundesbürger ist Antisemit.

Da die Atamane der fünften Kolonne Jerusalems gegen die Veröffentlichung Halali trompeteten, um nicht als Hauptschuldige am Anwachsen des Antisemitismus erkannt zu werden, verschwand

das Dokument in der Schublade des Bundeskanzlers, der den Auftrag gegeben hatte.

Ein Vergleich der Finanzjuden an den Höfen der deutschen Fürsten mit den heutigen BRD-Judenführern ist nur bedingt gültig. Jene genossen einen "Judenschutz" als Werkzeuge ihrer Fürsten, der sich zwar genauso verheerend für das Judentum auswirkte, aber die dienten den deutschen Fürsten und gaben ihnen das Geld aus der Ausbeutung des deutschen Volkes. Das ist heute anders. Die heutigen "Fürsten" haben aber genauso ihre Werkzeuge zum Geldeintreiben. Nur die Rollenverteilung ist eine andere.

Die tragische Figur des Jud Süß-Oppenheimer, der für nicht bewiesene Freveltaten am 5.2.1738 gehängt wurde, sollte niemand vergessen, der am Antisemitismus kein Interesse hat.

Der Philozionismus der nachkriegsdeutschen Obrigkeit, auch die höchstrichterliche BRD-Rechtsprechung, bewirkt eine sich ständig vergrößernde Gefahr für das Judentum. Die systematische Provozierung eines Judenhasses von unten, durch kriecherische Unterwürfigkeit gegenüber dem Zionismus, ist in der BRD in vollem Gange. Und selbst ein antijüdischer Ausbruch, der alles, was in der Nazi-Zeit geschehen ist, noch in den Schatten stellen würde, paßt nur zu gut in das Konzept der Zionisten. Sie würden, wie immer, ihre Schäfchen vorher ins Trockene bringen.

Die Probleme zu radikalisieren und ständig auf Sud zu halten, die Welt in "Gärung" zu bringen, ist, wie Martin Buber schon 1944 feststellte, das Primat der Politik des aggressiven Zionismus.

Frage: Besteht ein Zusammenhang zwischen der Teilung Deutschlands und den Reparationen an den Staat Israel?

Antwort: Bei Ausbruch des 2. Weltkrieges war das deutsche Reich größer als die heutige BRD, und am Krieg nahm das ganze deutsche Volk teil, nicht nur der heute in der BRD lebende Teil, der alleine Reparationen an Israel zahlt. Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen der Teilung Deutschlands und den Reparationen, den ich etwas näher erklären will.

Lange vor Kriegsende bemühten sich die zionistischen Spitzenpolitiker bei den Alliierten um die Bewilligung, daß die Deutschen bei Kriegsende an die Zionisten Reparationen zahlen sollten. Israel existierte zwar noch nicht, aber man war sich sicher, daß es zur Gründung kommen würde. Washington und London waren gegenüber der Forderung von Chaim Weizmann und Co. auch sehr auf-

geschlossen, aber der Kreml würdigte die Zionisten nicht einmal einer Antwort.

Ein ungeteiltes Deutschland, wie es in den Verträgen von Jalta und Potsdam auch von den Westmächten vorgesehen war, hätte Reparationen für die Zionisten mit Sicherheit am Veto der Sowjets scheitern lassen.

Daher richteten die Wallstreet-Talmud-Jobber an Washington und London das "Ersuchen" entgegen den Verträgen von Jalta und Potsdam, Deutschland zu teilen. Mit diesem Teilungsplan wurde sichergestellt, daß wenigstens ein großer Teil Deutschlands unter den Einfluß der Zionisten geriet, um aus ihm Reparationen herauszupressen.

Als sich die Teilung Deutschlands abzeichnete, hatten die Sowjets in ihrer Ostzone - im Gegensatz zu den Westzonen - keine DP-Lager (KZ's) eingerichtet und die zionistische Querulantenpolitik auch sonst nicht unterstützt.

Die Sowjets setzten auch durch, daß Frankreich eine eigene Besatzungszone erhielt, und Paris sträubte sich lange gegen die Schaffung des 3-Zonen-Landes. Erst als Washington Paris praktisch eine Ewigkeitsgarantie dafür gab, daß es zu keinem souveränen deutschen Staat kommen würde, willigte Paris in die Errichtung der Trizone ein, aus der die BRD entstand. Eine weitere Garantie betraf das Saarland.

Die Teilung Deutschlands konnte so reibungslos vor sich gehen, weil einer der höchsten Butler der Wallstreet-Talmud-Jobber bei einem westdeutschen Spitzenpolitiker, der ihm schon durch familiäre Bande verknüpft war, ganz besonders weitgehende Unterstützung fand. Man behauptete von diesem deutschen Politiker, daß er schon nach dem 1. Weltkrieg Separatist war. Er war mit Hirn, Herz und Seele beider Teilung Deutschlands an führender Stelle dabei.

Die Teilung Deutschlands war der erste Schritt zur Wiedergutmachung für die Juden, die unter dem Nationalsozialismus gelitten hatten und geschädigt worden sind. Aber um diese Juden ging es am wenigsten. Bedeutender war schon die Möglichkeit des Schachers mit den Leiden der Juden, für fast ausnahmslos am Leiden völlig unbeteiligte, aber dafür um so einflußreichere Kreise von Juden und Nichtjuden. Wesentlich, und die geschichtlich treibende Kraft war jedoch, daß die Teilung Deutschlands die Voraussetzung für die Zahlung von Reparationen an Israel war.

Heute kann sich der Hauptmagier der Wiedergutmachung und Reparationen, Dr. Nahum Goldmann, der Dr. Adenauer zu seinem "Freund" hypnotisieren konnte, über die deutschen Politiker lustig

machen, die ihm die Reparationen zugestanden. In einem Interview mit Reportern (Stern 18. Mai 1978, Seite 274) sagte Dr. Goldmann:

"Wissen Sie, ich habe gute Erfahrung mit den deutschen Nachkriegspolitikern gemacht. Die Deutschen hätten die Sache mit der Wiedergutmachung viel billiger haben können. Aber Adenauer, dieser sehr harte Mensch vom Zuschnitt einer mittelalterlichen Holzfigur, hat die moralische Verpflichtung akzeptiert, für die es überhaupt keine juristische Handhabe gab. Deutschland hat bis jetzt 62 Milliarden gegeben, und es wird noch weitere 30 an uns zahlen müssen. Ich werde nach den letzten Verhandlungen in Genf ein feierliches Bankett veranstalten mit Schmidt, Genscher, Strauß und Kohl."

In Österreich und in der DDR konnte es keine Wiedergutmachung wie in der BRD geben. Die DDR erkannte weder den Zionismus als selbständigen Machtfaktor an, noch gestand sie Israel, das während des Krieges noch gar nicht existierte, das Recht zu, Reparationen zu kassieren.

Als Österreich - auch in 4 Besatzungszonen zerrissen - nach dem Kriege von Deutschland abgetrennt wurde, hatte es das "Pech", keinen "Patrioten" zu haben, wie ihn die Westdeutschen in dem Rheinländer Dr. Konrad Adenauer hatten.

Österreich wurde unzerstückelt aus der Besatzungszeit entlassen. Wien ging keine Verpflichtung ein, an Jerusalem ewiglich Reparationen zu zahlen. Zusätzlich wird es nicht dauernd mit Holocaust-Propaganda malträtiert, braucht keine Amalekiterprozesse zu führen und ist kein Satel[l]it fremder Mächte.

Frage: Welchen Sinn hat die andauernde Holocaust-Agitation gegen den Nationalsozialismus?

Antwort: Holocaust richtet sich nur vordergründig gegen den Nationalsozialismus. In Wahrheit ist die Agitation gegen die BRD und seine Bevölkerung gerichtet.

Wie schon erwähnt, nahmen an den Kriegsereignissen, aus denen man die Holocaustgeschichten destilliert, auch die Bevölkerung der heutigen DDR und Österreichs teil. Aber gegen sie ist Holocaust im wesentlichen nicht gerichtet, wenn man bei dieser Gelegenheit auch gerne einen Seitenhieb gegen sie führt und die BRD als "Musterland" hinstellt.

Mit Holocaust-"Tatsachen" und -Legenden befaßten sich Propagandastrategen schon vor Jahrtausenden. Die Bibel ist auch für diesen Bereich eine wahre Fundgrube.

Wer von eigenen extrem verbrecherischen Taten ablenken will, sucht stets nach einem Sündenbock. Wie schon bemerkt, liegt es im Wesen des Krieges, daß alle Beteiligten mehr oder minder große Sünden und Grausamkeiten begehen, die sonst nicht üblich sind. Die erwähnte Strategie von Moses - Josua gegenüber den Amalekitern beweist dieses ausreichend.

Schon immer waren die Kriegsstrategen bemüht, ihren kämpfenden Soldaten mit allen möglichen Mitteln und Methoden Kampfeslust einzuimpfen. Im 1. Weltkrieg stellten die Alliierten die Deutschen als Barbaren hin, die kleinen Kindern die Hände abhacken und gefangenen Soldaten die Augen ausstechen würden, um daraus Halsketten für ihre Bestien von Frauen zu machen. Mögen sich einem denkenden Menschen noch so sehr die Haare sträuben, solche Propaganda ist erwiesenermaßen bis auf den heutigen Tag überaus erfolgreich.

Als der 1. Weltkrieg mit der Erzwingung des irrsinnigen Versailler Vertrages seinen Abschluß fand, hörte diese antideutsche Greuelpropaganda endlich auf. Britische Spitzenpolitiker verlangten es damals, weil sie einer Kulturnation unwürdig sei und höchstens im Kriege zu tolerieren.

Der 2. Weltkrieg wurde von den Westmächten nicht gegen den Nationalsozialismus begonnen und geführt, sondern gegen das deutsche Volk. Das wirtschaftspolitische Erstarken Deutschlands verursachte den Westmächten schlaflose Nächte. Der Krieg wurde mit den zugkräftigen Propaganda-Schlagworten vom Kampf gegen die Diktatur der Nazis und für die Menschenrechte geführt.

Die Menschenrechte sind in den USA so oft gründlichst mit Füßen getreten worden, daß es sich dort ganz besonders gut anhört, wenn man den Kampf für die Menschenrechte zum Ziel erklärt. An der Staatsform der Diktatur haben sich die USA noch nie gestört, wenn sie ihnen nur nicht abträglich war.

Den in den USA besonders stark politisch analphabetisierten Massen mußte man etwas hinwerfen, um ihnen schmackhaft zu machen, daß sie auf dem europäischen Schlachtfeld für astronomische Dividendensteigerungen der Wallstreet-Talmud-Shylock-Finanzstrategen ihre Haut zu Markte tragen sollten.

Der 1. Weltkrieg brachte den Zionisten "nur" die Balfour-Deklaration. Der 2. Weltkrieg schenkte ihnen schon den Staat Israel. Wegen Israel soll Holocaust nie aufhören. Es ist geplant und verwirklicht, daß Deutschland für das Leben und Gedeihen von Israel aufzukommen hat, und wenn es dabei selbst zugrundegeht. Kein Ideal kann aufgerichtet und kein Staat gegründet werden ohne

Opfer, ohne Märtyrer. Das gilt ganz besonders für das weltgeschichtlich einmalige Experiment der Gründung des Zion-Staates Israel.

Folgerichtig offerierten die Zionhetmane den deutschen NS-Machthabern einmal die deutschen Juden, ein anderes Mal die Diasporajuden als Schlachtviehopfer bzw. Märtyrer. Da die "frechen" Nazis diesen Wink mit dem Zaunpfahl ignorierten und das Angebot nicht annahmen, mußten eben die Zionisten selbst mit Hoffmannschem Erzählertalent Gaskammern und 6 Millionen ermorderter [sic] Juden erfinden.

Ich muß mich wiederholen: damit fleißig weiter Reparationen an Israel gezahlt werden, großzügig und weit über die ursprünglich vereinbarten Summen hinaus, müssen die Deutschen mit permanenter Holocaust-Propaganda und praktischem Mordterror von der "freien Welt" überschüttet werden.

Die große Mehrzahl der braven Deutschen bildet sich zwar ein, sich mit großzügiger "Wiedergutmachung" an Israel von der Holocaust-Propaganda loskaufen zu können, aber es ist ganz genau umgekehrt.

Die Kindeskinder der Bundesdetuschen [sic] sollen noch mit dem Sühnegefühl zur Welt kommen und froh sein, mit Reparationen an Israel die Sünden ihrer Ahnen etwas abtragen zu dürfen. Auch wenn Israel ein Faß ohne Boden ist, so ist es von den Mächtigen, die auf dieser Erde immer gern Schicksal spielen, geplant und beschlossen.

Daher sollen die NS-Prozesse in der BRD nicht aufhören. Da aber die zu beschuldigende Generation in absehbarer Zeit aussterben wird, experimentiert man schon heute beispielsweise mit dem § 130 StGB, an NS-Nachfolgegesetzen, an NS-Nachfolge-Prozessen, die einerseits künftig die Holocaust-Propaganda tragen soll und andererseits die zunehmende Zahl von "Ketzereien" zu unterdrücken imstande ist.

Nur eines steht fest: die großzügigen deutschen Reparationen an Israel halten die NS- und die NS-Nachfolge-Prozesse in Gang, und sie sollen nach dem Willen der in der BRD herrschenden Mächte niemals aufhören.

Frage: Betrachten Sie die BRD als ein internationales Zentrum von Spionage und Terrorismus?

Antwort: Das sehe ich ganz so. Das hat sich aufgrund der geschichtlichen Entwicklung so ergeben.

Die BRD wurde als Bastion der Weltgendarm-Politik der Wallstreet

geschaffen. US-Geheimdienste waren Geburtshelfer und sind Ammen der bundesdeutschen Demokratie. Wo immer sich CIA ausbreitet, ist Mossad nicht weit. Und CIA/Mossad sind nicht nur bei der Spionage, sondern auch in Sachen Terrorismus, nicht gerade zimperlich.

Die zentrale Führung der zionistischen Spionage und des zionistischen Terrors liegt zwar in Israel, aber die weltweiten Aktionen werden fast durchweg vom Gebiet der BRD ausgeführt. Der Schwerpunkt liegt in Bayern, speziell in München. Hier gibt es sogar eine israelisch-zionistische Spionageschule. Die Absolventen werden von München aus in aller Welt eingesetzt.

Spionage- und Terrortätigkeit großen Umfangs erfordert natürlich einen hohen finanziellen Etat. Damit belastet Israel sich nicht. Das Zentrum der Finanzierungsorganisation ist ebenfalls in München. Die Methoden der Finanzierung sind verschieden. Man geht nicht mit Glace-Handschuhen vor.

Der Zionterror ist schon für die Zeit der Entstehung der drei westlichen Besatzungszonen zu erkennen.

Beispielsweise vergiftete man damals einen Teil des Brotes in einer Bäckerei, die an ein Lager lieferte, in dem SS-Leute saßen. Unter ihnen gab es viele Tote.

Damals suchte man schon nach Adolf Eichmann. Ging jemand zu einem bestimmten und bekannten Palästina-Emissär und flüsterte ihm, daß da und dort sich Eichmann aufhalten würde, vergaß auch nicht, dem Emissär mindestens einen Teil eines Care-Paketes auszuhändigen, so ging dieser los und erschoß kurzerhand diesen "Eichmann". In einigen Monaten ereigneten sich so mehrere "Eichmann-Exekutionen". Man fragte diesen Eichmann-Jäger: *"Wieviele Eichmanns wirst Du noch ins bessere Jenseits schicken?"* Prompt kam die Antwort, die viel belacht wurde: *"Man kann gar nicht genug Eichmanns umlegen!"*

Nach Gründung der Bundesrepublik wurde die Terrororganisation Israels/Zions gestrafft und verbessert. Als besondere Eigenart aus dem Wesen des Zionismus blieb jedoch genügend Spielraum für private Unternehmungen aus den Reihen der damaligen israelischen Opposition und aus den Reihen des Diaspora-Zionismus.

Durch das gewachsene Durcheinander und manchmal auch Gegeneinander des zionistischen Terrorismus wird dem Unkundigen natürlich das Verständnis enorm erschwert.

Als die Wiedergutmachungs- und Reparationsverhandlungen in Holland begannen, erhielt der Leiter der BRD Delegation, Prof. Böhm, ein Paket mit einem Bömbchen. Zufälligerweise (oder absichtlich?) kam es zu keinem Schaden. Kurz danach, am 27.3.1952, wurde in einem Münchener Postamt ein Bombenpaket an Bundes-



Unter strengen polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen wurde am Morgen des 10. 9. 1952 im kleinen Empfangssaal des luxemburgischen Stadthauses das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen unterzeichnet. Für die Bundesrepublik signierte der damalige Bundeskanzler Dr. Adenauer, für Israel der damalige Außenminister Moshe Sharett. Unser Bild zeigt links die israelische Delegation, von vorn: G. Aigner, Außenminister, Nahum Goldman, Weltjugendorganisation (verdeckt), Außenminister Mosche Sharett, Josephstal und F. E. Shinnar von der Haager Delegation, D. A. Amir, israelischer Gesandter in Den Haag. Rechts die deutsche Delegation, von vorn: Dr. Frohwein und (verdeckt) Dr. Böhm von der Haager Delegation, Bundeskanzler Dr. Adenauer, Prof. Hallstein und der SPD-Bundestagsabgeordnete Altmeier.

kanzler Dr. Adenauer aufgegeben. Zweifel daran, daß ein Bundeskanzler an ihn gerichtete Pakete nicht selbst öffnen würde, hatten die Bombenversender offensichtlich nicht. Die Bombe war aber so linkisch verpackt, daß schon am Aufgabeort München ein Sprengmeister der Polizei geholt wurde, der beim Öffnen sein Leben verlor. Sofort wurden einerseits Neonazis, andererseits tschechische Spione massiv als Verdächtige hingestellt.

Nach etwa einem Jahr gab der Bayerische Innenminister und Vorsitzende der SPD die Erlaubnis, den Fall zu klären. Es dauerte einige Monate, dann war der Fall klipp und klar. Es wurde festgestellt, daß in- und ausländische Zionisten den Anschlag geplant und durchgeführt hatten.

Als man darangehen wollte, die noch greifbaren Schuldigen zu verhaften, erfuhr das BRD-Universal-Faktotum Globke von der Sache und ließ die Aktion einstellen. Die tüchtigsten und besten Polizeibeamten, die nur ihre Pflicht erfüllten, mußten eine Menge Federn lassen. Der oberste Chef der Beamten, Dr. Högner, stellte sich nicht vor seine Untergebenen.

Dr. Nahum Goldmann erklärte dem Biographen von Dr. Adenauer zwar einige Jahre später, ohne danach gefragt worden zu sein, daß dieser Terroranschlag von Juden ausgeführt worden sei. Trotzdem heißt es bis heute offiziell, daß dieser Anschlag nicht aufgeklärt werden konnte.

Danach kam das weltweit beachtete Debakel: Der Angriff auf jene deutschen Raketentechniker und Wissenschaftler, die für Ägypten tätig waren. Damals horchte die Welt auf, als man das erste Mal Briefbomben anwendete. Es gab auch einige Entführungen. Manche der Entführten blieben bis heute verschwunden.

Die Entführung des de Gaulle Antagonisten Argoud, am 25.2.63, aus einem Münchner Hotel nach Frankreich, geht auf das Konto einer Privatinitiative von einer zionistischen Seite. Im Bonner Parlament wurden in dieser Sache nur so lange heiße Debatten geführt, bis man merkte, wer die Entführer waren. Dann wurde die Sache auf Eis gelegt.

Mitte der 60er Jahre war auch geplant, Franz Josef Strauß mit einem ähnlichen Bombenpaket zu beehren wie vorher Dr. Adenauer. Durch eine gezielte Indiskretion konnte die Durchführung abgewendet werden.

Zum Leidwesen Israels nahm seinerzeit die Absicht, in Bonn einen Regierungswechsel vorzunehmen, von der großen Koalition zu einer SPD-FDP Regierung, sichtbare Konturen an. Der israelischen Regierung, geführt von Sozialdemokraten, war Kurt Georg Kiesinger mit Prof. Carstens als Bürochef, wesentlich lieber, als ihr ideologischer Genosse Willy Brandt als Kanzler.

Als dies überraschend eintrat, wurde ein Plan ausgeheckt, die neue Regierung aus dem Sattel zu heben und vorübergehend ein Triumvirat an die Spitze kommen zu lassen. Die Namen kursierten bereits. Der Plan verschwand zwar in der Schublade, wurde aber nicht vergessen.

In diesem Zusammenhang müssen die Ereignisse der 2. Februarwoche 1970 gesehen werden: da gab es einen Araber-Überfall in München-Riem. In dem EL-AL Flugzeug befand sich der Sprößling des Matadors Moische Dajan. Als er im Bus vom Flugzeug zum Gebäude des Flughafens fuhr, warf ein Araber eine Handgranate auf ihn. Dajan jun. wurde durch das Opfer seines Adjudanten [sic] gerettet. Dieser Israeli, der sich in München als Student hatte eintragen lassen, warf sich vor Dajan auf die Handgranate und fand den Tod.

Einige Tage später, ausgerechnet Freitag, den 13. Februar 1970, wurde die Welt alarmiert durch ein Feuer im Gebäude der Israelitischen Kultusgemeinde, wodurch 7 Insassen im Feuer "vergast" wurden.

Eine Anteilnahme wie noch nie wurde offenkundig. Zur Bestattung der Toten erschienen die höchsten politischen Persönlichkeiten. Die bisher höchste Belohnung in der Geschichte der BRD wurde ausgesetzt - 75.000 DM - zur Aufklärung des Verbrechens. Der Philozionist und Pressezar Axel Springer ließ von sich aus die Belohnung noch um 25.000 DM erhöhen, um in seinen Presseorganen in Balkenüberschriften zu posaunen: *"Jagt die Mörder"*. Eine Spezialkommission der Kriminalpolizei von ca. 100 der besten Beamten aus der BRD wurde gebildet und ging an die Arbeit. Aber kaum einige Wochen danach, wurde es ganz still. Es gab eine seltsame staatsanwaltliche Verlautbarung. Die Verfolgung wurde eingestellt.

Man bedenke, mit welchem Fleiß NS-Prozesse geführt werden, und wie lange man nach NS-Taten noch in aller Welt nach Schuldigen sucht. Die Regisseure dieser Prozesse sind damit jedoch immer noch nicht zufrieden.

Ich kann noch begreifen, daß der Mord an dem Polizeimeister Karl Reichert, der bei dem Attentat auf Dr. Adenauer ums Leben kam, nicht gesühnt wurde. Morde an Deutschen sind in der BRD nichts Besonderes. Aber bei sieben jüdischen Ermordeten kann man sich nur wundern, daß Robert Max Wassili Kempner, Simon Wiesenthal, Adalbert Rückerl, Axel Springer, der Judenrat und so weiter und so fort, nicht gegen die Einstellung der Verfolgung Sturm gelaufen sind. Aus diesen Umständen kann man alleine schon erkennen, wo die Urheber des Attentates zu suchen sind.

Zwei Jahre später gingen die Vorbereitungen zu den Olympischen Spielen in München hektisch voran. In aller Welt ist es üblich, daß die örtlichen Sicherheitsorgane den Schutz und die Verantwortung für die Sportler übernehmen. Den Israelis briet man in der BRD wieder eine Extrawurst. Ihnen wurde erlaubt, ihre Sportler durch eigene Sicherheitsorgane zu schützen.

Der kompetenteste BRD Politiker, sowohl im Bereich der Inneren Sicherheit als auch im Bereich des Sportes, wurde Monate vor den Ereignissen gewarnt. Wie schon vor dem 13.2.1970 reagierte er nicht. Daher wurde bei einem bekannten SPD-Bundestagsabgeordneten interveniert. Danach erhielt derjenige, der sich an den kompetentesten Verantwortlichen mit dem Angebot der Mithilfe zur Verhinderung des geplanten Attentates gewandt hatte, wenigstens ein Antwortschreiben. Man dankte für das Angebot und wies darauf hin, daß man selbst vorgesorgt habe und nichts passieren würde. Damit war die angebotene Hilfe abgelehnt.

Einige Tage später ereignete sich das Massaker.

Leonid Breschnew müßte eigentlich Carter sowie Schmidt/Genscher dankbar sein, daß sie die Olympischen Spiele in Moskau 1980 boykottierten. Wie gut Informierte meinen, waren Vorbereitungen getroffen, um das Debakel von München-Fürstenfeldbruck in mehreren Sowjetgroßstädten zu wiederholen.)

In jedem europäischen Staat, auch wenn er weniger Wert auf den Anschein von freiheitlich rechtsstaatlicher Demokratie legt, hätte ein solcher Politiker seinen Hut nehmen müssen. Nicht so in der BRD. Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten nicht einmal etwas von den Warnungen. Der Vorgang, der mindestens in die Geschichte der Olympischen Spiele eingegangen ist, und der politisch, moralisch und finanziell gewaltige Folgen hatte, blieb auf der Bühne der deutschen Politik ungesühnt. Was kann ein Innenminister in der Bonner Demokratie noch alles anstellen, ehe er seinen Hut nehmen muß?

Für bundesdeutsche Verhältnisse ist es nicht einmal außergewöhnlich, daß man gerade durch solche "Leistungen" Karriere machen kann zum Außenminister und Parteivorsitzenden.

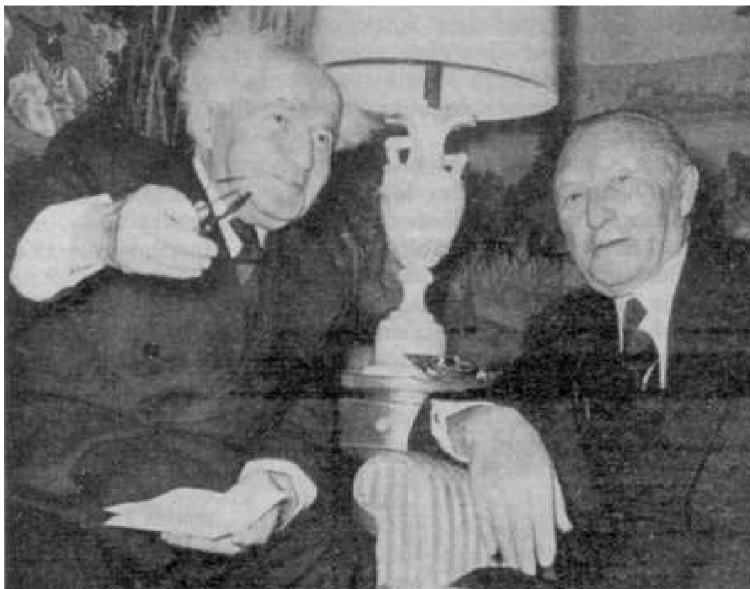
Zum höchsten jüdischen Feiertag, dem Jom Kippur, wurde 1973 die Weltöffentlichkeit durch einen Angriff der Ägypter auf die israelische Maginotlinie überrascht. Monate zuvor hatte Sadat alle sowjetischen Berater heimgeschickt, weil die UdSSR mit Kriegshandlungen nicht einverstanden war. Dieses Zeichen verstand man in Israel nicht zu deuten.

Nach imposanten Vormärschen tief in das von Israel okkupierte Gebiet, erholten sich die Israelis vom Schock der Überraschung und schlugen kräftig zurück. Hätten Washington und Moskau nicht schnell und energisch genug "vermittelt", so wäre die Initiative von Sadat für ihn selbst zu einem Debakel ohnegleichen geworden.

Kaum entwickelten sich die Kämpfe in Israel, begann das Pentagon Waffen und Ausrüstungen, Kriegsausrüstung aus seinen Beständen in der BRD im Eiltempo auf offiziell unter israelischer Flagge in Bremerhaven ankernde Schiffe zu verfrachten. Washington hielt es nicht einmal für nötig, seine "Freunde" und "Verbündeten" in Bonn zu verständigen. Aber der Bundeskanzler erfuhr doch davon. Zu dieser Zeit waren die Bemühungen um Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten weit vorangekommen. Der Kanzler war zu Recht über die US-Machenschaften verärgert und besaß die einmalige Kühnheit, sie energisch zu unterbinden. Das kostete Willy Brandt den Kanzlerthron, wie vorher erwähnt.

Zum besseren Verständnis will ich hier etwas abschweifen und auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der arabischen Staaten zur BRD eingehen.

Als Ben Gurion das Kidnapping an Adolf Eichmann hat ausführen lassen, "lud " er seinen Kanzlerkollegen Adenauer zu einem Gespräch ins New Yorker Walldorf-Astoria-Hotel ein. Für die Einladung und die freundliche Unterhaltung zeigte sich Adenauer dankbar und versprach Ben Gurion als großzügiges Geschenk eine Waffenlieferung von 2 Milliarden DM. Selbstverständlich erfolgte keine Anrechnung auf die früher vereinbarten Reparationen - das Geschenk ging darüber hinaus.



Nach dem in Bonn üblichen Demokratieverständnis wurde weder das Parlament, geschweige denn das Volk darüber informiert und erst recht nicht nach seinem Willen gefragt.

Die "Ehre", die Fracht-Frei-Haus-Lieferungen abwickeln zu dürfen, wenn auch unter Verletzung nationaler und internationaler Gesetze, hatte der damalige Verteidigungsminister. Er hatte sich vom Zionsaulus zum Zionpaulus entwickelt. Als Dank dafür beabsichtigten in Israel zur Regierung in Opposition stehende Gruppen, die damals gegen jede israelisch-deutschen Beziehungen waren, ihm ein Bombenpaket zu schicken. Wie schon gesagt, wurde es durch eine

gezielte Indiskretion abgewendet. So war es übrigens auch schon beim Attentat auf Dr. Adenauer.

Die 2 Milliarden Waffenlieferung, und nicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, war der Grund für den Abbruch der Beziehungen der arabischen Staaten Bonn gegenüber.

Ganz im Gegensatz zu dem Waffengeschenk Adenauers verhinderte Willy Brandt als Kanzler sogar Waffenlieferungen aus US-Beständen in der BRD. Da schlug CIA-Mossad zu. Die unbedeutende Angelegenheit Guillaume wurde hochgespielt, um die wahren Zusammenhänge zu verschleiern. Dr. Nahum Goldmann sagte einem Minister und Parteifreund von Brandt Monate voraus, daß er Kanzler werden würde. Und so kam es auch.

Drei Terroristenanschläge sollen hier nur kurz erwähnt werden, die genau so wenig aufgeklärt werden dürfen wie die Fälle 13.2.1970 und Olympische Spiele:

Die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Lorenz hätte vermieden werden können, wenn es nicht ein führender Redakteur einer BRD-Zeitung von Weltformat in feiger Weise abgelehnt hätte, eine Warnung zu veröffentlichen.



Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Hanns Martin Schleyer, stattete dem Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, vor kurzem in Karlsruhe einen Besuch ab. Er besichtigte das jüdische Gemeindezentrum und die gemeinnützigen Einrichtungen der Gemeinde und informierte sich über die Aktivitäten des Oberrates der Juden in Baden, dessen Vorsitz ebenfalls in den Händen von Werner Nachmann liegt. Die beiden Herren verbindet auch eine langjährige Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich. Auf unserem Bild: Dr. Schleyer (links) im Gespräch mit Werner Nachmann. Foto: Schlesiger

Die Fälle der Wirtschaftsbosse Ponto und Schleyer haben nicht direkt mit Politik zu tun, sie sind deshalb aber nicht weniger brisant.

Etwa 5 Jahre vor Schleyers Ermordung gingen wenige Personen, die eingeweiht waren, von Pontius zu Herodes, um den Mord zu verhindern. Der Mord wurde fällig, weil ein zur Durchführung vorbereiteter Plan, von den führenden BRD-Unternehmen Reparationen von ca. 5 Milliarden für eine Oppositionsgruppe herauszukitzeln, durch Uneinigkeit durcheinander kam.

Die Veröffentlichung dieses Fotos in der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" vom 23.1.1976 wurde von denjenigen, die sich später mit Schleyer "befaßten" als Signal aufgenommen, sich seiner anzunehmen.

Aber nicht nur in der BRD geschehen Terroranschläge, die man nicht aufklären wird. In diese Kategorie fällt beispielsweise der OPEC-Überfall in Österreich.

Mit dem Symbol deutschen Freiheitsdranges hat es auch seine besondere Bewandtnis. Der "spontane" Aufstand vom 17. Juni 1953 in Berlin ist in München von CIA-Mossad geplant worden. Diese Sache muß im Rahmen der höheren Sphäre der Wiedervereinigungspolitik gesehen werden.

Der Kreml machte Bonn mehrere Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands, die alle nicht einmal in Erwägung gezogen wurden, sondern kurzerhand und ohne Begründung von Bonn abgelehnt wurden.

Der bekannte Wallstreet-Anwalt, John Forster Dulles, "Freund Adenauers", Außenminister der USA, dessen Bruder im Krieg Geheimdienstchef war, und der über die Schweiz Verbindungen zu fast allen deutschen Widerstandskämpfern hatte, betrieb damals eine Roll-back-Politik bis am Rande des Abgrundes. Adenauers "Politik der Stärke" lag genau auf dieser Linie. Zu ihr gehörte es, die Spaltung Deutschlands zu zementieren, indem die BRD in das Washingtoner Paktsystem unlösbar integriert wurde.

Entgegen dem Versprechen, keine Wiederbewaffnung zu befürworten, das Adenauer auch einmal abgab, betrieb er dieses Geschäft hektisch.

Um der eigenen Opposition und der Weltöffentlichkeit die Richtigkeit der Roll-back-Politik zu beweisen und dem Wiederaufrüstungskanzler einen Glorienschein zu verschaffen, wurde der "spontane" Aufstand geplant. Die Schöpfer dieses Planes sind Opfer ihrer eigenen



Adenauer und US-Außenminister Dulles: ihre aggressive Politik des "Rollback" scheiterte.

Propaganda geworden. Sie waren überzeugt, daß etwa 2 Dutzend jugendliche Marschierer, begleitet von einigen internationalen Fotoreportern, ungehindert von Westberlin bis nach Warschau gelangen würden, überall als Befreier empfangen, und mit Blumen begrüßt.

Man glaubte ernsthaft, die Wiedervereinigung Deutschlands unter Wallstreets Szepter friedlich durch Annexion der DDR erreichen zu können und noch dazu Polen dem Sowjetblock zu entreißen.

Trotz totaler Pleite in der Sache, genau wie bei der späteren Invasion in der Schweinebucht in Kuba, mußte der Mythos gepflegt werden. Adenauer wurde wegen seiner Politik der Stärke mit einem Nimbus umgeben, auch wenn der nur in blassen Farben erstrahlte.

(Ähnlich ist es mit dem Mythos von den Gaskammern und den 6 Mill. ermordeter Juden, er muß aufrechterhalten werden, damit die Reparationen fließen.)

Im September 1955 war Adenauer in Moskau. Er willigte in die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen ein. Man vereinbarte gegenseitigen Austausch von Botschaftern. Es gelang Adenauer nicht nur die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen, sondern sogar die Freilassung der als "Kriegsverbrecher" in der Sowjetunion verurteilten Deutschen.

So erfreulich die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen war,

so grausam war das Spiel, das man mit den deutschen "Kriegsverbrechern" trieb. Sie kamen nach Hause, wurden meistens schon nach kürzester Frist verhaftet, neu angeklagt und verschwanden oft lebenslänglich in BRD-Haftanstalten. Es leben noch viele von ihnen. Sie werden nicht einmal begnadigt, geschweige denn erhalten sie ihr Recht.

Einer von ihnen soll genannt werden: Wilhelm Schubert sitzt in der Justizvollzugsanstalt 5630 Lüttringhausen, Masurenstraße 28, lebenslang. Bei seiner Überführung in die BRD wurde er von sowjetischem Begleitpersonal beschworen, in der DDR zu bleiben, in der BRD würde er nur erneut verfolgt und verurteilt werden. Fast alle "Kriegsverbrecher" erhielten Warnungen wie Schubert. Alle schlugen sie in den Wind, weil sie dem praktizierenden Katholiken vertrauten.

Die philozionistische BRD-Justiz ist noch viel mosaischer, als es das dritte Kodexbuch Choschen ha-Mischpat dekretiert. Es stellt den Grundsatz auf:

"Mit zwei Strafen kann der Mensch nicht bestraft werden..."

Die NS-Prozesse und das Schicksal ihrer Opfer gehört in das Kapitel "Terror in der BRD". Erst recht muß man den Terror in der BRD kennen, um das Wirken der politischen Justiz in der BRD im Rahmen der großen Zusammenhänge einordnen zu können.

Hier schließt sich ein Kreis. Wie muß das Gewissen der BRD-Richter beschaffen sein, die es fertig brachten, die heimkehrenden "Kriegsverbrecher" als Marionetten in politischen Prozessen zu verurteilen?

Und wie mag es um das Gewissen der Richter stehen, die bereit sind, wahrheitsliebende Deutsche und Juden in modernen Ketzerprozessen dem Moloch bösartiger Macht zum Fraße hinzuwerfen?

Ich stelle meine Person nur ungern heraus. Aber können die Staatsanwälte und Richter, die gegen mich - den Juden -, der sich um Wahrheit, Gerechtigkeit und echte Versöhnung als Voraussetzung wahren Friedens bemüht, einen Rest von Schamgefühl empfinden; wenn sie mich, ausgerechnet um eines imaginären "Judenschutzes" willen, zu bestrafen suchen?

Überall in der BRD werden Fotos mit Namen von Terroristen plakatiert. Wem aber fällt schon auf und wer bringt den Mut auf zu fragen: Warum fehlt der Uralt-Baader-Meinhof-Terrorist K ... und die Koryphäe der internationalen Terrorszene C ...?

Frage: Wie stehen Sie zu den nicht endenden NS-Prozessen?

Antwort: In meinen Veröffentlichungen, in Büchern und Zeitungsartikeln habe ich zu dieser Thematik ziemlich laut gedacht. In dem 1968 erschienenen Buch: "NS-Verbrechen, Prozesse des schlechten Gewissens, von Deutschen gegen Deutsche unter Zions Regie geführt" brachte ich zum Ausdruck, daß diese Prozesse, gelinde ausgedrückt, die Bundesdeutschen und besonders die bundesdeutsche Obrigkeit entehren.

Die Prozesse besorgen die Inkassogeschäfte der Reparationisten. Sie sind eine Weiterführung der im Großformat angelegten Racheprozesse der Alliierten Nürnberger Siegerjustiz im Kleinformat. Diese NS-Prozesse sind um vieles schlimmer als die "Auge um Auge" Jehovajustiz. Der größte Teil der heute Verurteilten hat nämlich niemandem ein Auge ausgeschlagen, und für Rache gibt es keinen Grund.

Die absolute Mehrheit der Anklagezeugen war bei ihren Aussagen mehr der Dichtung als der Wahrheit zugetan. Sie bereicherten die Märchen von 1001 Nacht durch viele Greuelmärchen, die nur Sadisten Freude bereiten. Trotzdem ist es einigen unschuldig schuldig Gesprochenen mit fast übermenschlicher Beharrlichkeit und einer guten Portion Glück gelungen ihre Unschuld, das heißt die Verlogenheit der Anklagezeugen zu beweisen.

In jedem Krieg, der an und für sich schon ein Verbrechen ist, begehen die Kontrahenten stets noch zusätzliche Verbrechen. Nicht anders war es im grausamsten aller Kriege, der vor 35 Jahren zu Ende ging. Die Sieger können jedoch dem Besiegten auch noch ihre eigenen Sünden aufbürden.

Wegweisend waren auch hier unsere Urahnen, wie man in der Bibel nachlesen kann. Das friedliche Volk der Amalekiter ließ sich nicht von den angreifenden Räuberbanden Moses abschlachten und fügte den Angreifern Verluste zu. Die Amalekiter benahmen sich aber, wie es die Bibel selbst schildert, unvergleichlich humaner als die Angreifer. Das kann Jehova ihnen nicht verzeihen.

2. Moses 17, Vers 16

"Krieg führt Jehova wider Amalek von Geschlecht zu Geschlecht".

Nach den Reparationsvereinbarungen Zion-Bonn in den fünfziger Jahren wurden die Bundesdeutschen folgerichtig mit dem Amalek-Titel beehrt. Die rollenden NS-Prozesse sind ein Teil der Amalek-Strategie.

Bereits 1941 plante man, die Deutschen zu sterilisieren und aus Deutschland einen Kartoffelacker zu machen. Da Israel jedoch stets in Finanznöten ist, wurde die Ausrottungsstrategie mit dem Bedürf-

nis nach Reparationszahlungen in Einklang gebracht. Für Zion/Israel war es lebenswichtig, daß die BRD kein Kartoffelacker wurde, sondern ein dukatenspendender Esel.

Die Siegermächte haben für sich selbst kurz nach Kriegsende eine Generalamnestie erlassen. Da sie heute als "Freunde" der BRD gelten, wäre es nur recht und billig, wenn Bonn ihnen das nachgemacht hätte. Da es dazu jedoch an Ehrlichkeit und Mut fehlt, erlaubte ich mir schon in meinem 1968 erschienenen Buch die Richter zu bitten, durchweg die NS-Angeklagten freizusprechen, um die Politiker zu der schon damals längst fälligen Amnestie zu bewegen.

Der als Ankläger von Nürnberg bekannt gewordene Dr. Robert Max Wassili Kempner bemüht sich mit Erfolg, die Richter von 1933-45 genauso auf die Anklagebank zu bringen, wie die sogenannten "NS-Kriegsverbrecher".

Was wird wohl beim nächsten Regimewechsel mit den Richtern geschehen, die heute politische Prozesse führen?

Frage: Wie stehen Sie zu dem sogenannten "Grundsatzurteil um Judenhetze" (BGH VI ZR 140/78 vom 18. Sept. 1979) unter der Federführung von Herrn Dr. Weber?

Antwort: Ich empfinde dieses Urteil als schicksalhaft. Es übersteigt alle prozionistischen Urteile seit Gründung der Bundesrepublik.

Herr Dr. Weber wird in die Geschichte eingehen wie jene Richter, die Galilei belehrten, daß sich die Sonne um die Erde dreht.

Aus dem Vatikan wurde kürzlich verkündet, daß man geneigt sei dieses Horrorurteil gegen Galilei zu widerrufen. Das Zion-Weber-Verdikt wird bestimmt nicht 347 Jahre auf seine Revidierung warten.

Damit Israel ungestört Reparationen kassieren kann, darf kein Zweifel an der Existenz von "Gaskammern" in den deutschen KZ's und der "Ermordung von 6 Millionen Juden" aufkommen. Und diesem Zweck dient das Urteil.

Trotz der Regie interessierter Kreise, die in allen NS-Prozessen spürbar ist, sind hier und da "Fehler" vorgekommen. Aufgrund objektiver Zeugenaussagen dürften selbst Richter in Zweifel gebracht werden, ob es tatsächlich "Gaskammern" gegeben hat, ob die "6-Millionen-Zahl" wohl stimmt, oder gar, ob es eine planmäßige Judenausrottung, den "Rassenmord", überhaupt gegeben hat. Es fanden sich noch mutige und wahrheitsliebende Richter, mehr als den interessierten Kreisen lieb war, die ihre Zweifel in Form von Freisprüchen äußerten.

Das Bundeskriminalamt hat unlängst durch ein Gutachten die Anne-Frank-Schreibereien als "nicht koscher" erkannt.

Sogar im größten, längsten und teuersten Prozeß in der Geschichte der NS-Prozesse, dem Maidanek-Prozeß in Düsseldorf, wurden schon vier Angeklagte freigesprochen. Die Regisseure und interessierten Kreise gerieten in Panik. Mit schwersten Geschützen wurde auf die Richter in Düsseldorf geschossen. Die kompetenten Bonner Politiker und die höchsten BRD-Juristenkreise, deren philozionistische Gesinnung außer Zweifel steht, haben die Explosion dieser Geschosse mitgehört. Das Resultat war das Urteil der VI. Kammer des BGHZ. Nach diesem Urteil wird sich kaum noch ein Richter die Eskapade leisten können, einen Unschuldigen freizusprechen. Ganz bestimmt aber nicht im Maidanek-Prozeß.

Ständen die Richter in NS-Prozessen wenigstens mit einem Fuß in der Thematik, würde sich ihr Gewissen, selbst wenn sie Angst um ihren Posten hätten, gegen die von ihnen erwarteten Urteile sträuben. Aber schon die Möglichkeit des Eindringens in die Thematik wird durch die von Herrn Dr. Weber postulierten Tabus restlos verbaut.

Zum "Grundsatzurteil" hochgejubelt wird dieses Urteil entgegen aller Justiz-Theorien, wegweisend für die ganze politische BRD-Justiz. Jeder Richter wird in das von Dr. Weber gezimmerte Prokrustesbett gezwängt und ihnen wird die eigene Entscheidung in den wesentlichsten Punkten durch die neuen Dogmen abgenommen. Dieses Urteil bringt es soweit, daß alle untergeordneten Richter zu Duckmäusern degradiert werden sollen, wie alle Beamten, die das Damoklesschwert des Berufsverbotes über sich schweben sehen.

Das Urteil zeigt mir, daß die Richter weder Sachkenntnis hatten, noch unabhängig in ihren Entscheidungen waren. Die Kammer, unter Federführung des Herrn Dr. Weber, wird wohl praktisch oder politisch-ideologisch unter Druck gestanden haben. Anders kann ich mir ein solches Urteil nicht erklären.

Im Namen des Volkes wurde ein Urteil gesprochen, daß dem Volke nicht dient, nicht einmal der großen Mehrheit des jüdischen Bevölkerungsteiles. Die Größe des Schadens ist noch gar nicht abzusehen.

Es nützt auch keiner der Parteien in der Bundesrepublik, sondern schwächt ihre Position bei den immer wiederkehrenden Reparationsverhandlungen und nützt nur jenen Kreisen, die ein Interesse daran haben, die Wahrheit zu morden, um Reparationen kassieren zu können.

Die Führer der staatstragenden Parteien in der BRD handeln nicht nach dem Wahlspruch von Ferdinand I., der da lautet:

"Fiat Justitia, pereat mundus."
Der Gerechtigkeit ihren Lauf, und sollte die Welt darüber zugrundegehen.

Die BRD-Führer handeln als eingefleischte Bonnokraten:

"Fiat Zion, pereat Justitia."
Zion soll leben, und wenn das Recht darüber untergeht.

Das Urteil räumt auch gründlich mit der Behauptung auf, daß es in der BRD keine politische Justiz gibt.

Neben der Welle von Indizierungen und Verboten von Büchern und Schriften, die schon vorher angelaufen ist, zeigt das Urteil, daß die BRD kein Rechtsstaat ist.

Im Urteil werden "die Juden" zwangskollektiviert als "eine durch das Schicksal herausgehobene Personengruppe, der gegenüber eine moralische Verantwortlichkeit aller anderen besteht"

Die Protegierung einer bestimmten Gruppe verletzt aber das Grundgesetz. In Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes steht der Gleichheitsgrundsatz: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Und Absatz 3 des gleichen Artikels schreibt auch dem BGH zwingend vor. "Niemand darf wegen ... seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Heimat und Herkunft,... seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Aber darauf dürfte es den Karlsruher Richtern auch nicht mehr ankommen, denn die Gewährleistung der Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes haben sie - selbstherrlich und ohne nähere Begründung - im Urteil selbst ausdrücklich aufgehoben für Äußerungen, die den Judenmord im Dritten Reich bestreiten. Es wird schlicht und einfach als Leugnung von "Historischen Tatsachen" abqualifiziert. Basta!

Nach den zwangskollektivierenden höchstrichterlichen BRD-Urteilen über den "Judenschutz" gehöre ich als Volljude ja auch in diese Gruppe, die in jeder Hinsicht priveligiert [sic] werden soll, denn Unterschiede in dieser Gruppe macht die höchstrichterliche BRD-Rechtsprechung bisher wenigstens in der Theorie noch nicht. Geholfen hat mir das noch nicht.

Weil ich mit der Zionnazistischen Tätigkeit der Führer des Judenrates in der BRD nicht einverstanden war und mich dagegen aussprach, wurde ich von Schlägerbanden aus dieser politischen Richtung übel zugerichtet. Auf das Urteilsdiktat des ehrenwerten Herrn Dr. Weber wurde mir eines meiner Bücher konfisziert und mir ein Prozeß wegen Volksverhetzung gegen "die Juden" angehängt. Ich sollte sogar psychiatriert werden.

Die Münchner Staatsanwälte und Richter, die ganz im Sinne Dr. Webers gegen mich vorgehen, wollen auch "die Juden" schützen. Das ist mehr als scheinheilig, das ist schizophren.

Der ganze "Judenschutz" der BRD-Justiz privilegiert praktisch nur die verschwindende Minderheit der aktiven Zionisten unter den Juden und soll der Masse der nichtzionistischen Juden genauso einen zionistischen Maulkorb umhängen, wie der Masse der Nichtjuden, die nicht im Dienste Zions stehen.

Der Anschlag des BGH auf den Gleichheitsgrundsatz und die Meinungsfreiheit ist kein jüdischer gegen die Nichtjuden, sondern ein Anschlag von Zionshelfern und Zionisten gegen alle anderen.

Die große Mehrheit der Juden in der Bundesrepublik würde diese Art Rechtsprechung entrüstet ablehnen, wenn sie zu Wort kommen könnte. Sie will genauso nach dem Grundsatz behandelt werden wie alle anderen auch. Sie weiß auch aus Erfahrung, daß Philozionismus zwangsläufig Antisemitismus hervorrufen muß. Und Philozionismus existierte schon bei den Machthabern des Dritten Reiches, was man bei aller damaligen Judendiskriminierung nicht vergessen sollte.

In der NS-Zeit wollten die Zionisten in schroffstem Gegegensatz [sic] zu der Mehrheit, die sich "deutsche Juden" nannten, genau wie die Nazis den Kollektivbegriff "die Juden" angewandt wissen. Im Hinblick auf den ersehnten Zionstaat kallaborierten [sic] sie mit den Nazis und unterstützten sogar die "die Juden" kollektiv diskriminierenden NS-Rassegesetzen.

Heute setzen sie in der BRD ihren jüdischen Rassismus fort, wollen sich nicht integrieren und nennen sich "Juden in Deutschland".

Nur dieses kleine Häuflein ideologisch verbohrter Rassisten unter den Juden konnte damals mit der NS-Gesetzgebung und Rechtssprechung zufrieden sein. Und es ist eine Schande, daß die BRD ausgerechnet die miese philozionistische Tradition der NS-Epoche fortführt. Damals wie heute konnte eine kleine extreme Minderheit sich mit Hilfe der deutschen Regierung in den Judenräten aufschwingen und der großen Mehrheit der Juden ihren Willen diktieren.

Die Zionisten können sicher sein, daß die höchstrichterliche BRD-Rechtsprechung ganz in ihrem Sinne liegt. Die BGH-Richter werden auch nicht wahrhaben wollen, daß man nicht von dem abstrakten Begriff "die Juden" ausgehen kann, weil er völlig wirklichkeitsfremd ist.

Wenn Juden anderen Juden die Leviten lesen, wie steht dann die BRD-Justiz mit ihrem § 130 da?

Die Sochnut, der Dachverband aller zionistischen Parteien in Israel, außer den kommunistischen, verkündete 1950 auf einem internationalen Kongreß in Jerusalem: "Für ein Verbleiben der Juden in Deutschland gibt es keinen Grund mehr, außer den schwarzen Markt." Nachzulesen in "Jedioth Chadaschoth", einer deutschsprachigen Zeitung aus Tel Aviv vom 7. August 1950.

Am 30. Sept. 1950 ordnete die Sochnut an, daß alle Jüdischen Organisationen in der Bundesrepublik sich unverzüglich aufzulösen hätten. Gleichzeitig wurden alle jüdischen Bewohner der BRD aufgefordert, nach Israel zu kommen, wie bereits erwähnt.

Der in den USA bekannte Publizist und Radiokommentator Schlomo Ben Israel schrieb in der jiddischen Zeitung "Vorwärts" (New York, 2. März 1960) die Sätze: "Die Juden, die sich wieder in Deutschland niederlassen, sind keine Ehre für das Weltjudentum." Er schloß seinen Artikel: "Der größte Teil dieser Juden ist Müllabfall, eine Müllkiste des jüdischen Volkes."

Der Führer der Radikalzionisten in Polen, Dr. Grünbaum, posaunte 1928 in alle Welt hinaus: "Die Juden verpesten die Luft in Polen."

Am 16. Mai 1948 wurde er der erste Innenminister des neugegründeten Staates Israel.

Was würde geschehen, wenn ich analog behaupten würde: "Die Judenrätler verpesten die Luft in der BRD!"?

Würde ich nicht wegen "Volksverhetzung gegen die Juden" angeklagt werden, obwohl die Mehrheit der Juden mit dieser Ausführung durchaus einverstanden sein würde?

Der genannte Dr. Grünbaum gehörte als patentierter Fabrizierer antisemitischer Parolen zu den wenigen Persönlichkeiten, die Ehrenbürger von Tel Aviv wurden. Er wurde es 1960, obwohl er vor seinem Lebensende noch in die kommunistische Partei eintrat.

Der derzeitige Postminister des antimarxistischen Begin-Regimes findet es trotzdem für angebracht, im August 1980 im Andenken an Dr. Grünbaum, eine Sondermarke herauszubringen.

Wer, verdammt noch mal, ist "das jüdische Volk" in der BRD? Man lernt nicht aus. Ich wäre dankbar, wenn die politische BRD-Strafjustiz, die sich offenbar im Besitze der letzten Weisheit wähnt, mir darüber Auskunft geben könnte.

Die Karlsruher Richter haben ihr Urteil im Namen des deutschen Volkes gesprochen. In Wirklichkeit haben sie ihrem Volke einen ganz üblen Bärendienst erwiesen.

Mit Sicherheit würde sich die absolute Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung gegen dieses Urteil aussprechen. Aber auf sie kommt es in der BRD-Demokratie sicherlich am wenigsten an.

Frage: Sind "die Juden" mit den NS-Prozessen und der Holocaust Propaganda einverstanden?

Antwort: Nein. Die große Mehrheit lehnt es ab. Aber man kann natürlich auch hier nicht von "die Juden" sprechen. Die Bandbreite der Einstellungen innerhalb der Juden ist sehr groß. Vom Treiben des Nazijägers Simon Wiesenthal distanziert sich beispielsweise auch der Zionistenführer Dr. Nahum Goldmann deutlich. Und der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky prägte sogar den Begriff "Wiesenthal-Maffia". Es sind dagegen "Freunde" der BRD, wie Königin Juliane von den Niederlanden und USA-Präsident Jimmy Carter, die Wiesenthal mit Orden und öffentlichen Ehrungen überhäufen.



Der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, wurde vor kurzem in Washington vom amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter geehrt. Der Präsident überreichte ihm eine Goldmedaille, die der amerikanische Kongreß im vergangenen Herbst speziell für ihn gestiftet hatte. Carter bezeichnete Wiesenthal (links) im Verlauf der Verleihungszeremonie als einen "Mann von unvergleichlichem Mut und klarer Überzeugung", der sein Leben der Verhinderung weiteren Völkermords gewidmet habe und dessen unbeirrtes Engagement dem Bemühen diene, das sich Verbrechen wie der der NS-Zeit nie wiederholten.
Sein Motiv sei nicht nur das Streben nach Gerechtigkeit gewesen, sondern auch das Erinnern, erklärte der Präsident. Foto: dpa

Am 14.8.1980 kamen
Zusammen
Lug
und Trug,
mit Semielgesicht,
vorm Rampenlicht.

Die Mehrzahl der Juden wünscht sich einen Schlußstrich unter die NS-Verfolgung und eine ehrliche Versöhnung auf der Basis der Wahrheit.

Die Hollywood-Holocaust-Greuelgeschichten sind krankhaften Hirnen entsprungen. Sie werden nicht aufhören und damit die NS-Prozesse nicht aufhören. Das Grundsatzurteil der VI. Kammer des BGHZ hat dazu eine wesentliche Voraussetzung geschaffen.

Da die NS-Prozesse wegen des Aussterbens der potentiellen Opfer in absehbarer Zeit nicht auf die heutige Art weitergeführt werden können, bemüht man sich schon jetzt um Ersatz und ist beim Experimentieren.

Die Paragraphen über "Volksverhetzung", "Aufstachelung zum Rassenhaß" oder "Beleidigung", alle angeblich nur zum Schutze des abstrakten Begriffes "die Juden" erlassen und natürlich auch alles, was als Übertretung der verschiedenen NS-Verbotsgesetze hingebogen werden kann, dürfte schließlich auch den Propaganda- und Terroreffekt bekommen können, wie ihn die jetzigen "Kriegsverbrecher-Prozesse" haben.

Neuerdings ist die BRD-Justiz sogar über ganz unpolitische Andenkenhändler hergefallen, die seit Jahrzehnten unbeanstandet mit hakenkreuzverzierten und anderen symbolträchtigen Andenken handeln. In der Not frißt der Teufel Fliegen, und in der Not werden selbst Zionisten bescheiden. An die Philate[l]isten und Münzsammler hat man sich wegen des Hakenkreuzes noch nicht herangetraut. Noch ist man im Stadium des Experimentes. Trotzdem ist die Verkrüppelung der Seelen, der zu solchen Maßnahmen befohlenen Beamten, zu bedauern. Aus den NS-Prozessen sollen sie lernen, daß man einem ungerechten Befehl nicht folgen darf und müssen es doch selbst tun.

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt solchen Unfug ab. Bei Meinungsumfragen hat sie sich auch immer gegen eine Fortführung der NS-Prozesse ausgesprochen. Ich bin mir ganz sicher, daß die große Mehrheit des jüdischen Bevölkerungsteiles genauso denkt.

Wenn die Führer der staatstragenden politischen Parteien ehrliche Demokraten wären, insbesondere diejenigen, die sich als "christlich"

bezeichnen, so würden sie nach dem Grundsatz handeln: vox popoli, vox Dei -Volkes Stimme ist Gottes Stimme.

"Ich glaube nicht, daß eine Lüge ewig Bestand hat, daß die Wahrheit ewig unterdrückt werden kann."

Adolf Hitler

(Zitiert nach: Dr. Fritz Greiner "Hitler war eine Jeanne d'Arc, ein Heiliger. Er war ein Märtyrer." Linz, im September 1980, Blatt 3, S. 2)

> *"Im übrigen ist es ja so, daß in Brüssel genauso wie in Frankfurt, genauso wie in Bonn, aber anders als in Ost-Berlin die Journalisten Gott sei Dank schreiben dürfen, was sie für richtig halten, auch wenn es fälsch ist. Sie dürfen sogar etwas schreiben, von dem sie wissen, daß es nicht richtig ist. Das soll auch so bleiben."*
>
> ("Deutsche Volkszeitung" 24.1.80, S. 2 Sp. 2).

Dekretierte Desinformationspädagogik!

Hitler
war kein
Schmidt,
sondern ein
Autokrat.

Schmidt
ist kein
Hitler,
sondern ein
Demokrat.

Währe [sic] die Mehrheit eines Volkes nicht stets von labilem Charakter, so hätte sie die Politiker schon längst dazu gebracht, den Volkswillen zu respektieren.

Nach 1945 wurde eine ganze deutsche Generation kollektiv beschuldigt, nichts gegen das Naziregime unternommen zu haben. Kann dies nicht auch der heutigen Generation geschehen?

"Schweigen und büßen"

BIS ZUM ENDE ALLER TAGE!?

"Verantwortung endet nie"

Zürich (SAD) - *'Einer der europäischen Staaten trägt direkte Verantwortung für die Vernichtung von sechs Millionen Juden. Die Verantwortung dieser Nation wird bis zum Ende aller Generationen*

niemals enden.' Das schrieb Israels Ministerpräsident Menachem Begin in dem in Zürich erscheinendem "Israelischen Wochenblatt". Mit Blick auf Deutschland fuhr Begin fort: *"Und nun kommt die Regierung dieser Nation und erzählt uns, daß wir eine zweite Nazi-Vernichtungsorganisation (die PLO) anerkennen sollen."*

Die Welt, 05. Juli 1980, Nr. 154, Seite 7 (UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN 8-80, S. 1)

Der Kriegsplan, der von Carter-Begin-Sadat in Camp David geschmiedet wurde, drohte durch die Anerkennung der PLO durch die EG-Staaten durchkreuzt zu werden. Die Terroranschläge von Bologna, München und Paris vor dem Jahresende 1980 sollten dies verhindern.

Der einzige Deutsche, der von sich behaupten kann, ein Freund von Dajan-Peres-Ben Nathan zu sein und dessen offizieller CSU-Pressesprecher Vorstandsmitglied der Israelitischen Kultusgemeinde ist, sollte durch das Massaker von München außerdem Wahlhilfe erhalten.

SCHLUSSWORT

von J. G. Burg

Die Vielzahl von Indizierungen, von Beschlagnahmungen und Verboten von Büchern und Schriften und die Welle der Bestrafungen politisch Mißliebiger fegt die Propagandabehauptungen vom Tisch, daß es in der BRD keine politischen Prozesse, keine politisch Verfolgten, keine Berufsverbote und keine Dissidenten gibt. Mit einer bisher nicht gekannten Unbekümmertheit geht man über die eigenen Gesetze hinweg und dient von Tag zu Tag stärker dem aggressiven Zionismus.

Die Außerkraftsetzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten wird in einer Weise betrieben, die man als Terror ansehen muß. Die Maske von Rechtstaatlichkeit und Demokratie braucht man scheinbar nicht mehr. Man geht den Weg in die offen bekannte Diktatur. Immer deutlicher zeigt die BRD ihr wahres Wesen. BRD-Demokratie ist zionistische Diktatur.

Geht Macht vor Recht?

> *"Die Demokratie ist mit unsäglichen Geburtsfehlern belastet, die unbehebbar sind. Zum Beispiel mit dem Geburtsfehler, daß nicht derjenige recht kriegt, der recht hat, sondern daß derjenige recht kriegt und Recht setzen kann, der die Mehrheit hat."*
>
> Helmut Schmidt
>
> Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der Tagung der Stiftung "Theodor Heuss-Preis" in Tutzing, Herbst 1978.
>
> (UN KURZ-NACHRICHTEN 10. Juli 80, S.1)

Welche Angst muß man in Bonn haben, daß man die BRD-Justiz dazu bringt, Lügen als "historische Tatsachen" gerichtsnotorisch zu tabuisieren?

Wäre es nicht viel ehrlicher, wenn man die BRD-Verfassung ändern würde und sie der von 1933-1945 gültigen anpaßte, statt die eigene dauernd zu verbiegen und zu brechen?

Die BRD hat die Holocaust-Propaganda zu einem Tabu erhoben. Mit den Mitteln der Strafjustiz wird jede Kritik und jede Aufklärung der Wahrheit unterdrückt.

Die Bestreitung von "Vergasungen" und des "Rassenmordes" an 6 Mill. Juden ist neuerdings in der BRD mit gepfefferten Haftstrafen belegt worden. Aber dies ist nur ein Anfang. Man soll gegen die Holocaust-Greuellügen überhaupt nichts mehr sagen dürfen.

Für mich als Juden ist es besonders schmerzlich, daß man die Unterdrückung unter dem Vorwand des Schutzes für "die Juden" betreibt. Nazis, Zionisten und die höchstrichterliche BRD-Rechtsprechung sind sich einig in der Zwangskollektivierung für "die Juden". Das hat uns Juden immer schon unsägliches Leid gebracht und uns für die Taten weniger jüdischer Verbrecher grausam bestraft.

Die zionistischen Theokraten bedienen sich derselben Praktik, wie der einstige österreichische Christ-Soziale Politiker Karl Lueger. Dieser Christpolitiker war somit genauso ein Zionist, wie die Israelogen, denn er bestimmte, wer Jude ist. Hermann Göring setzte später diese Reihe fort.

Die Esraisten-Rabbis in Israel verletzen ihre eigenen Gesetze genauso. Sie erkennen weder Kinder aus Mischehen noch getaufte Juden als Juden an.

Das rabbinische Gesetz erkennt keine Lossagung von der jüdischen Religion als gültig an, d. h. es betrachtet den Losgesagten immer noch als Juden.

(Orach Chajim 304: Jore Dea 139; Eben Haeser 129, 5: 157, 4 u.a.)

Der "Judenschutz" der BRD-Justiz ist in seiner Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Der Anschlag auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten trifft die große Mehrheit der Juden genauso wie die Nichtjuden.

Die Zionisten haben ein ganzes Heer von Fremdenlegionären, ihre Schabbesgojim, in einflußreichen Positionen in der BRD. Sie können sich von ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen lassen.

Der Anschlag der BRD-Justiz auf die Meinungsfreiheit ist ein Anschlag des Zionismus auf alle, die nicht nach seiner Pfeife tanzen.

Was ist das anderes als Gesinnungsjustiz in der CIA-Mossad-BRD?

Ich hoffe, daß Juden und Nichtjuden die Gefahr rechtzeitig erkennen. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, sonst geht die Saat der aggressiven Zionisten auf, der Pogrom-Antisemitismus!

Man denke bitte an das Resultat der Silbermannschen Umfrage.

J. G. Burg

Murnau im November 1980

Anhang

Ederer Verlag

Elvirastraße 14
8000 MÜNCHEN 19
Telefon 0 89 / 18 58 23

Postscheckkonto München.
Konto-Nr. 94218 - 804

EDERER Verlag - Elvirastraße 14 - 8000 München 19

Brief des jüdischen Schriftstellers J.G.Burg an die Menschenrechtskommision der Vereinten Nationen (UNO) in New York

WEGEN TOTSCHWEIGEN IN PRESSE, RUNDFUNK UND FERNSEHEN ALS FLUGBLATT VERBREITET !

München, den 09.09.1980

Sehr geehrte Damen und Herren !

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den führenden Staaten der "freien Welt" und es wird Sie wahrscheinlich wundern, daß ich Ihre Hilfe gegen Menschenrechtsverletzungen und politische Verfolgung durch BRD-Behörden anrufen muß.

Wegen schriftstellerischer Tätigkeit im Sinne der Völkerverständigung werde ich in der BRD verfolgt, sind Schriften von mir rechtswidrig beschlagnahmt und bin ich unter Anklage gestellt worden.

Als Volljude habe ich in der Zeit des zweiten Weltkrieges selbst gelitten, viele Familienangehörige verloren und kenne die Hauptschuldigen und Mitschuldigen an der Tragödie des europäischen Judentums aus eigenem Erleben.

Nach meiner Befreiung legte ich ein Gelübde ab, nicht nach "Auge um Auge" zu verfahren, sondern die reine Wahrheit aufzudecken.

Die Kollaboration gewisser zionistischer Kreise mit dem nationalsozialistischem Regime, zum Nachteil des Judentums, und bis Kriegsende hin, will ich nach bestem Wissen und Gewissen erhellen.

Ab dem 8. Mai 1945 gibt es in Deutschland zwar ein anderes Regime, aber die Querulantentätigkeit unserer Zionisten, zum Schaden der Juden, hält bis heute an.

Ein Salon-Antisemitismus macht in der BRD gewaltige Fortschritte, wie es auch ein demoskopisches Institut im Auftrage des Bundeskanzlers feststellte. Aber das ist den aggressiven Zionisten noch zu wenig. Sie wünschen sich sogar einen offenen Pogrom-Antisemitismus.

Die BRD ist zu Recht in die Völkerfamilie der freien Welt aufgenommen worden. Es ist überfällig, daß auch ein dicker Strich unter die Geschichte der jüdischen Tragödie gezogen wird. Deutscherseits wird auch viel unternommen. Sogar in jedem Jahr eine demonstrativ gestaltete und ehrlich gemeinte "Woche der Brüderlichkeit", die der deutsch- jüdischen Versöhnung dienen soll. In Wahrheit dient sie jedoch den Zionisten-Ultras, in deren Aktionsprogramm eine echte Versöhnung garnicht paßt, als potemkinsche Kulisse für ihre Reparationsforderungen.

Da meine Tätigkeit in erster Linie der echten Versöhnung dient, und einem Anwachsen des Antisemitismus entgegenwirken soll, wurde und werde ich von den zionistischen Machthabern wie Freiwild behandelt. Sie konnten auch durchsetzen, daß sich kompetente bundesdeutsche Behörden mir gegenüber genau so benehmen.

Ein Teil meiner Schriften wurde konfisziert, aber nach kurzer Zeit zurückerstattet, mit der staatsanwaltschaftlichen Begründung : "Das Ermittlungsverfahren war einzustellen, weil die Herausgabe und der Vertrieb der genannten Bücher den Tatbestand der §§ 86, 130 StGB nicht erfüllt." Kurz darauf wurde mein letztverlegtes Buch "Maidanek in alle Ewigkeit ?", das genau dieselbe Tendenz wie die vorigen hat, beschlagnahmt und mir deswegen ein Prozeß aufgehalst. Ich sollte sogar psychiatriert werden.

Polizei beschlagnahmt Majdanek-Buch

Ermittlungsverfahren gegen Autor wegen Volksverhetzung / Druckplatten eingezogen

Süddeutsche Zeitung, München, 21.12.1979, Seite 14

Bei Polizeiaktionen am Mittwoch und am Donnerstag, bei denen in München zwei Wohnungen und eine Druckerei durchsucht wurden, beschlagnahmten Kripobeamte auf Anordnung des Amtsgerichts München alle Exemplare und Herstellungsunterlagen des heuer im Frühjahr erschienenen Buchs „Majdanek in alle Ewigkeit?" Gegen den 71jährigen Autor Josef G. des von Haßtiraden gegen den Zionismus getragenen und auf die Reinwaschung von KZ-Schergen ausgerichteten Schmökers hat die Staatsanwaltschaft München I ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet.

21.12.79 • 00295

Die strafrechtliche „Schuldfähigkeit" des 71jährigen, eines ehemaligen Mitglieds der israelitischen Kultusgemeinde Münchens, das ausgeschlossen worden ist, wird freilich voraussichtlich psychiatrisch untersucht werden müssen. Die Verlegerin des Buchs figuriert in dem Ermittlungsverfahren nicht als Beschuldigte, da ihr bereits vor einigen Jahren im Rahmen eines ähnlichen Verfahrens der Paragraph 21 (Schuldunfähigkeit) zuerkannt worden ist.

Im Zimmer des Autors, der in Schwabing zur Untermiete wohnt und den die Polizisten bei der Durchsuchung nicht antrafen, wurde kein einziges Majdanek-Buch mehr entdeckt. Dagegen fanden die Beamten in einer Druckerei, die einen Auftrag der Verlegerin ausführen sollte, 2400 Druckplatten zur Herstellung einer neuen Auflage, die gleichfalls sichergestellt worden sind.

Die Durchsuchungsaktionen fanden zwar schwerpunktmäßig in München statt, wurden jedoch auch in anderen Orten der Bundesrepublik im Auftrag der Staatsanwaltschaft München I veranlaßt. Das Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen den Autor stützt sich insbesondere auf Schlagworte und Unterstellungen, durch die der Zionismus und seine Führer den Nazis gleichgestellt werden sollen. Der beschuldigte Autor Josef G. hatte das Buch unter einem Pseudonym herausgebracht. Er war schon früher als Verfasser von Schriften ähnlicher Tendenz in Erscheinung getreten.

Johann Freudenreich

Warum das alles ? - Weil ich mich bemühe, statt "die Deutschen" maßlos und bösartig zu belasten, vor der eigenen Türe zu kehren und jene meiner Volksgenossen zurechtweise, die eine echte jüdisch-deutsche Versöhnung nicht zulassen. Und die sich an verschiedenen Terrorakten beteiligen, ja sogar an Deutschen- und Judenmorden.

Da ich schon vor einigen Jahren in München krankenhausreif geschlagen wurde, muß ich diesmal auf das Äußerste gefaßt sein.

Ich bitte Sie daher, sich umgehend meiner Sache anzunehmen.

Freundliche Grüße

J. G. Burg

Verteiler :

Bundespräsidenten
Bundeskanzler
Bundesinnenminister
Bundesaußenminister
Bundesjustizminister
Bayerischen Ministerpräsidenten
Bayerischen Innenminister
Bayerischen Justizminister
Menschenrechtskommision der Vereinten Nationen (UNO), New York
Europäische Menschenrechtskommission, Straßburg
Internationales Rotes Kreuz, Genf
Amnesty International
Petitionsausschuß des Bundestages
und andere